

# Niederschrift über die 16. Sitzung des Bezirksausschusses am 23.03.2023, 18:00 Uhr, Kardinal-von-Galen-Schule (Aula), Am Haus Lette 5, 48653 Coesfeld

## Anwesenheitsverzeichnis

Bemerkung

<b>Vorsitz</b>		
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
<b>stimmberechtigte Mitglieder</b>		
Frau Cornelia Bagheri	Pro Coesfeld	
Frau Beate Balzer	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hans-Jürgen Braukmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Matthias Brocks	CDU	
Herr Reinhard Elsbecker	CDU	
Herr André Kretschmer	SPD	Vertretung für Frau Bettina Suhren
Herr Michael Quiel	CDU	
Frau Gisela Schulze Tast	CDU	
Herr Horst Schürhoff	SPD	
Frau Patricia Vogel	Pro Coesfeld	
Herr Florian Wenning	CDU	
Frau Andrea Wichmann	CDU	
Frau Margret Woltering	Aktiv für Coesfeld	
<b>beratende Mitglieder</b>		
Frau Rita Brummert	FAMILIE	
Herr Dr. Heinrich Kleinschneider	CDU	
Herr Holger Weiling	CDU	
<b>Verwaltung</b>		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Uwe Dickmanns	FBL 70	
Herr Ludger Schmitz	Verwaltung	
Herr Rudolph Berning	FB 30	
Herr Holger Ludorf	FB 60	
Frau Katharina Woltering	FB 10	
<b>Gäste</b>		
Herr Ron Keßeler	Geschäftsführer Stadtwerke Borken/Westf. GmbH	
Herr Torben Hermann	Stadtwerke Coesfeld	
Herr Christian Golüke	Archäologie am Hellweg	
Herr Dr. Andreas Wunschel	LWL Archäologie	

Schriftführung: Frau Katharina Woltering

Herr Bernhard Kestermann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 21:00 Uhr.

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Bericht über die Verkehrsführung Bruchstraße
- 3 Alter Kirchplatz Lette - Bericht über die archäologischen Arbeiten  
Vorlage: 063/2023
- 4 a-b | Coesfeld geht weiter: Entwurf des Gesamtkonzeptes - Gelegenheit für Nachfragen - Erläuterung des weiteren Verfahrens  
Vorlage: 040/2023
- 5 Fortschreibung Einzelhandelskonzept 2023  
Vorlage: 045/2023
- 6 Anfragen

### **Nicht öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Windpotentialstudie - weiteres Verfahren  
Vorlage: 028/2023
- 2.1 Windpotentialstudie - weiteres Verfahren  
Vorlage: 028/2023/1
- 3 Verkauf eines Gewerbegrundstücks  
Vorlage: 055/2023
- 4 Anfragen

## Erledigung der Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Der Ausschussvorsitzende Herr Kestermann und die Anwesenden gedenken der Verstorbenen Ehrenbürgerin Lilly Ernsting aus Lette mit einer Schweigeminute. Herr Kestermann wird der Familie Ernsting im Namen des Bezirksausschusses eine Beileidsbekundung zukommen lassen.

Herr Kestermann berichtet außerdem, dass 14 Letteraner:innen die französische Partnerstadt Plerguer besucht und dort an einem Festessen und Empfang im Rathaus teilgenommen haben. Auch ein Abgeordneter der Nationalversammlung sei anwesend gewesen. Trotz Differenzen auf internationaler Ebene sei auf kommunaler Ebene eine erfreuliche Zusammenarbeit festzustellen.

Herr Dickmanns, Fachbereichsleiter Bauen und Umwelt, teilt mit, dass die Ausschreibung für den Dirtpark noch nicht erfolgt sei.

Die Arbeiten am Alten Kirchplatz liefen, so Dickmanns, im jetzigen Abschnitt bis Ende April. Dann folge der dritte Abschnitt hinter der Bahnhofsallee.

Am Heimathaus werde zurzeit am Dach gearbeitet. Die Witterung sei zwar ungünstig aber bei der Planung entsprechend berücksichtigt worden. Auch beim Heimathaus seien noch nicht alle Aufträge vergeben worden.

Herr Stadtbaurat Backes erläutert den aktuellen Sachstand zu den Schul- und Kitaaanmeldungen anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er berichtet, dass es in diesem Jahr 32 Kitaplätze mehr gebe, jedoch gebe es keine weiteren Ressourcen. Durch die aktuellen Fluchtbewegungen sei das erweiterte Angebot auch ausgenutzt. Bezüglich der Interims Kita Im Sanden sei intensiv mit dem Betreiber gesprochen worden. Der Betreiber habe berichtet, dass auf Verlangen des Fördergebers im Bereich der Fenster nachgerüstet werden müsse.

TOP 2	Bericht über die Verkehrsführung Bruchstraße
-------	--

Herr Kestermann erläutert, dass die Anwohner:innen Bedenken bezüglich der Sperrung der Bruchstraße hätten. In einem Ortstermin mit der ausführenden Firma und der Verwaltung seien die Bedenken noch einmal bekräftigt worden.

Herr Stadtbaurat Backes betont einleitend das Bewusstsein dafür, dass eine erneute Sperrung eine Belastung darstellt. Die Maßnahme könne aber nicht geschoben werden, da die Wasserleitung erheblich in die Jahre gekommen sei und die Versorgung des gesamten Ostteils von Lette sowie von Rorup sicherstelle. Weiter gebe es klare Regeln für Baumaßnahmen. Verwaltung, Polizei und andere Akteure seien hier im Boot. Die jetzt vorzustellende Lösung sei das Ergebnis mehrerer Gesprächsrunden.

Der Geschäftsführer der Stadtwerke Herr Keßeler erläutert, dass den Stadtwerken die Verantwortung für die Wasserversorgung obliegt und sowohl die Verwaltung als auch die Stadtwerke und die ausführende Firma Schubert versucht haben, die sinnhafteste und wirtschaftlichste

Lösung herauszuarbeiten. Damit sei auch gemeint, dass möglichst wenig Kosten auf die Nutzer:innen umgelegt werden müssten.

Die aktuelle Maßnahme Im Sanden werde voraussichtlich in der kommenden Woche beendet und die Straße wieder freigegeben.

Die Notwendigkeit für die Erneuerung der Wasserleitung sei gegeben, weil die alte Leitung aufgrund ihrer Verfassung hochwassergefährdet sei. Man habe von Anfang an auch eine Teilspernung geprüft sowie eine Variante, die zum Teil über den Rad- und Fußweg geht. Allerdings bleibe bei den Varianten keine 3m Fahrbahnbreite mehr übrig.

Nach Gesprächen, sowohl mit Krampe und Edeka als auch mit der Polizei und dem Ordnungsamt habe man nun eine Lösung in Teilspernung gefunden. Die Arbeiten würden nun durch kleineres Gerät erledigt. Dadurch entstünden allerdings mehr Personalaufwand, mehr Kosten und die Baumaßnahme würde länger andauern. Beeinträchtigungen würden trotz der Teilspernung der Bruchstraße entstehen. Bei der Teilsperren-Regelung handele es sich um eine gemeinschaftlich erarbeitete Lösung.

Dennoch betont Herr Keßler, dass ihm wichtig sei klarzustellen, dass die Teilspernung von offizieller Seite nicht als beste Lösung angesehen werde.

Der erste Abschnitt würde dann ca. 5 Monate dauern und nur eine sehr geringe Fahrbahnbreite von 2,85m Breite bleibe gewährleistet.

Herr Herrmann (Stadtwerke) erläutert die Maßnahme anhand eines Ablaufplans, der der Niederschrift als Anlage beigefügt Die durchzuführende Maßnahme werde in 4 Bauabschnitte aufgeteilt. Im ersten Abschnitt (roter Bereich auf dem Plan) werde mit zwei Kolonnen aus beiden Richtungen gestartet (Bruchstraße und Stichstraße). Auch im zweiten Abschnitt (grün) soll parallel an der Bruchstraße und an der Florianstraße gearbeitet werden. Im dritten Teil (hellblau) werde weiter an der Bruchstraße gearbeitet, gleichzeitig würden an der Bergstraße vorbereitende Maßnahmen für die Spülbohrung vorgenommen. Auch im vierten Abschnitt (braun) werde parallel zum dunkelblauen Bereich gearbeitet. Die Maßnahme werde in ca. 4 Wochen starten und ungefähr 5,5 Monate in Anspruch nehmen. Dabei werde nicht nur die Wasserleitung erneuert, sondern auch dort verlegte Kabel (Hoch- und Niederspannung).

Herr Berning (Ordnungsamt, Verkehrliche Angelegenheiten) erläutert abschließend noch einmal den Abwägungsprozess. Da nicht in Vollsperrung gearbeitet werden solle, werde die Maßnahme länger dauern und teurer werden als ursprünglich geplant. Aus rechtlicher Sicht gebe es die sogenannte RSA 21-Richtlinie, die verkehrsrechtliche Absicherung von Arbeitsstellen an Straßen vorschreibt. Diese sieht für eine weitere Straßennutzung durch den Verkehr eine Restbreite von 3m vor. Eine Breite von 3m könne bei dieser Maßnahme, auch durch Arbeit mit kleinem Gerät, nicht erreicht werden. Ein Ausnahmetatbestand könne vorliegen, wenn der Verkehr langsam fährt und es sich um sehr kurze Abschnitte handeln würde. Diesen Tatbestand wolle man nun anwenden. Das führe aber dazu, dass Fahrzeuge mit Breite über 2,85m die Teilspernung umfahren müssen, auch zur Sicherheit der dort Arbeitenden. Mehr als dieser Kompromiss sei nicht möglich.

Zudem könnten keine Umleitungen ausgeschildert werden, da keine klassifizierten Umleitungen zur Verfügung stünden. Außerdem werde es durch die Baustellenampel zu Rückstaus kommen und sich Schleichverkehr bilden. Man könne aber auch im laufenden Prozess noch Verkehrsabsicherungen anpassen.

Außerdem müssten auch noch Rad- und Schulwege geregelt werden, die unbedingt separat geführt werden sollen.

Vor Beginn der Maßnahme wolle man auch noch erreichen, dass der Bodenaushub vom Letter Bülten noch zum Dirtpark gebracht werden könne. Dies solle noch vor der Sperrung erledigt werden.

Herr Quiel bedankt sich für den Kompromiss, allerdings sei dieser hart für die Firma Krampe. Daher fragt er, ob nicht nach Feierabend oder zum Wochenende die Fahrbahn erweitert werden könne.

Herr Berning und Herr Keßeler versichern, dies zu prüfen. Möglicherweise sei dies zumindest an manchen Tagen bzw. bei manchen Bauabschnitten möglich, ein Anspruch darauf bestehe aber nicht.

Herr Schürhoff weist darauf hin, dass die Anwohner:innen über das Vorgehen informiert sein müssen und Auskünfte über Dauer und Verlauf erhalten sollten.

Herr Dr. Kleinschneider erkundigt sich, woher der landwirtschaftliche Verkehr und die LKWs, die von Ernsting's Richtung Ortsmitte kommen, umgeleitet werden sollen.

Herr Berning erläutert, dass diese den Umleitungen Richtung Merfeld folgen sollen. Zusätzlich erfolge ein Hinweis schon von Ernsting aus. Das habe sich bereits in der Vergangenheit bewährt.

Herr Braukmann erkundigt sich nach den Umleitungen für Radfahrer:innen.

Daraufhin erwidert Herr Berning, dass die verbleibenden Breiten sehr schmal seien, sodass es eine extra Umleitung geben solle. Breite Fahrzeuge könnten auch die Bauzäune, die die Fahrbahn absichern und den Radweg vom PKW-Verkehr trennen, berühren und bewegen, sodass die parallele Nutzung gefährlich sei..

Auf den Einwand von Herrn Braukmann, dass Bauzäune dann nur zusätzliche Gefahr darstellen entgegnet Herr Berning, dass nach RSA 21 zwingend eine Längsabsicherung erfolgen müsse.

Herr Kestermann schließt die Diskussion mit dem Hinweis, dass alle Akteure im Gespräch bleiben sollen.

TOP 3	Alter Kirchplatz Lette - Bericht über die archäologischen Arbeiten Vorlage: 063/2023
-------	---

Herr Golüke, Projektleiter des beauftragten Grabungsunternehmens, stellt die bisherigen Grabungsergebnisse anhand einer Präsentation vor, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Golüke erläutert, dass die archäologischen Arbeiten notwendig sind, weil durch die Baumaßnahmen um den Kirchplatz ein unwiederbringlicher Verlust archäologischer Substanz droht. Es gebe tiefe Eingriffe im Boden des Baubereichs. Allerdings dürften auch die Grabungen nicht tiefer gehen als die Bauarbeiten.

Das Besondere an den Ausgrabungen in Lette sei, dass auch Funde aus der römischen Kaiserzeit zu Tage gekommen sind, was außergewöhnlich sei.

Auch dass mittlerweile ca. 20 Totenkronen aus dem 18. Jahrhundert geborgen werden konnten sei überraschend, da Bestattungen nach christlichen Riten in der Regel ohne Beigaben erfolgt sind.

Die Wiederbestattung der gefundenen Knochen, deren Masse sich auf mehrere Kubikmeter beziffert, wird öffentlich auf dem Friedhof in Lette erfolgen. Herr Golüke bedankt sich an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit mit der Kirche und der Verwaltung.

Nach dem Vortrag fasst Herr Dr. Wunschel vom LWL-Archäologieamt die wichtigsten Informationen und Erkenntnisse zusammen. Die Arbeiten in Lette seien von großem Umfang und mit tiefen Bodeneingriffen verbunden. Es handele sich hierbei um archäologische Ersatzmaßnahmen für die durch die Bauarbeiten eintretenden Zerstörungen. Es seien über 300 Bestattungen gefunden worden. Eventuell würden sich weitere Maßnahmen lohnen, danach erfolge die Wiederbestattung. Jede Person werde bestimmt nach Alter, Geschlecht etc., sodass abschließend ein anthropologisches Gesamtprofil der Funde erstellt werden könne.

Herr Weiling bedankt sich für die Präsentation und fragt, ob Kontakt zum Heimatverein bestehe, damit Exponate dort ausgestellt werden können.

Herr Dr. Wunschel erläutert, dass die Funde in das LWL-Archiv überführt werden. Von dort aus können Sie aber auch entliehen werden, z. B. um durch den Heimatverein ausgestellt zu werden.

Herr Dr. Kleinschneider erkundigt sich, ob es nach Abschluss der Arbeiten einen erneuten Bericht geben werde.

Herr Golüke erwidert, dass es einen abschließenden Bericht geben wird sowie eine Publikation durch den LWL. Außerdem wird es einen anthropologischen Bericht über generelle Forschungsfragen geben. Man sei gerne bereit, auch dann noch einmal in den Ausschuss zu kommen.

Herr Stadtbaurat Backes bedankt sich bei den Vortragenden und stellt noch einmal die Notwendigkeit der archäologischen Begleitung heraus.

TOP 4	a-b   Coesfeld geht weiter: Entwurf des Gesamtkonzeptes - Gelegenheit für Nachfragen - Erläuterung des weiteren Verfahrens Vorlage: 040/2023
-------	---

Der Tagesordnungspunkt dient dazu, Fragen zum Mobilitätskonzept stellen zu können. Dieses ist den politischen Gremien am 13.03.2023 sowie im Rahmen einer Bürgerversammlung am 16.03.2023 vorgestellt worden.

Frau Bagheri stellt Fragen zu der Praktikabilität einzelner Maßnahmen, bspw.

- Versicherung für Lastenräder, Mobilstationen
- wie Senioren auch bei zunehmender Verarmung im Alter sich das Parken in Parkhäusern leisten können

Zu den Lastenrädern antwortet Herr Ludorf, dass mit 4 Lastenrädern angefangen werde, die in Boxen abgestellt werden können und z. B. in Verbindung mit Carsharing genutzt werden können.

Zur zweiten Frage erläutert Herr Schmitz, dass dies genau der Punkt sei. Man müsse sich überlegen, wie man Senior:innen subventionieren könne. Ziel sei es, dass das wenige Geld nicht auch noch für das Auto ausgegeben werden müsste.

Frau Schulze Tast möchte wissen, welchen Mehrwert das Konzept für das Klima habe, warum nicht über die Kosten gesprochen werde und ob man über das Risiko für Gewerbetreibende gesprochen habe.

Herr Stadtbaurat Backes erläutert, dass viele Straße sowieso saniert werden müssten und insofern nur die Zusatzkosten dem Mobilitätskonzept zugeordnet werden dürften. Ansonsten stünden bei den einzelnen Maßnahmen Kostenschätzungen.

Zudem betont Herr Backes, dass die Sammelparkanlagen komplett bestehen bleiben sollen. Nur die Parkplätze im Straßenraum sollen umgelegt werden und auch nur bei genügend Kapazität.

Weiter erläutert Herr Stadtbaurat Backes noch einmal ausführlich, dass es sich beim Mobilitätskonzept eigentlich um ein Stadtentwicklungsprojekt handle. Die Stadt müsse mehr Aufenthaltsqualität schaffen, ein Parkkonzept allein könne den Einzelhandel nicht retten.

Auch Herr Schmitz bestätigt, dass Forschungsinstitute sich sicher sind, dass der Einzelhandel ein Stück zurückgehen werde. Entscheidend sei in Zukunft eine Kombination aus Gastronomie, Wohnen und Einzelhandel. Selbst die IHK als Vertreter des Einzelhandels fordere Gesamtkonzepte, um den Einzelhandel aufrecht zu erhalten. Diese Entwicklungen seien belegbar und allgemein anerkannt.

Herr Dr. Kleinschneider fragt, wie ältere Menschen noch in den Parkanlagen parken sollen, wenn dort auch die regelmäßigen Pendler parken sollen.

Herr Ludorf antwortet, dass die Marktgarage weiterhin den Kunden zur Verfügung stehen soll, evtl. würde man auch die Dauerparker herausnehmen.

Herr Elsbecker gibt zu bedenken, dass neue Parkdecks gebaut werden müssten, wenn die Straßenparkplätze wegfielen.

Herr Stadtbaurat Backes erläutert, dass das Konzept Zug um Zug umgesetzt werden solle. Arbeitnehmer:innen, die in der Innenstadt arbeiten, könnten auch außerhalb parken. Zudem werde jedes Quartier untersucht und festgestellt, wann und wo Anwohner:innen Parkplätze brauchen. Fünf ganz konkrete Optionen für Parkanlagen stünden zur Verfügung. Vermutlich könne sich ein Parkraumkonzept auch selbst finanzieren.

Frau Bagheri betont noch einmal, dass Autos weiter gebraucht würden, vor allem von Senior:innen und mobilitätseingeschränkten Personen.

Herr Kretschmer erkundigt sich, ob die Einführung von On-Demand-Systemen keine kurzfristige Option wäre, um einfach Angebote zu schaffen. Aus Lette dürfe man maximal 30 Minuten auf eine Fahrgelegenheit warten müssen.

Herr Ludorf berichtet, dass das Büro nts festgestellt hat, dass On-Demand-Systeme im ländlichen Raum am wirtschaftlichsten seien. Die Taktung müsse man austüfteln.

Herr Braukmann erkundigt sich, warum die Veloroute nicht direkt über die Hauptstraße in die Stadt hineinführt, sondern am Otterkamp verlaufen soll.

Herr Ludorf erläutert, dass dies die attraktivere Fahrradstraße werden solle und auch Abschnitte an der Dülmener Straße, Erlenweg und am Sportplatz mit hereinfließen sollen. Nur Am Roten Baum sei dies nicht möglich.

Herr Stadtbaurat Backes ergänzt, dass auch alternative Routen ausgebaut werden müssen und Alternativrouten, die nicht an der Straße vorbeiführen immer sicherer seien. Leider sei dies z. B. an der Borkener Straße nicht möglich. Teilweise wurden in der Vergangenheit Maßnahmen zurückgestuft wegen Investitionen im Schulbereich. Nun sollen Maßnahmen zusammengeführt werden.

Herr Weiling bekundet seine Bedenken gegenüber der Finanzierung der vorgestellten Projekte und fragt, wie die Beschlusslage zum Mobilitätskonzept aussehen werde, ob es einen Grundsatzbeschluss gebe. Es müsse auch Flexibilität beibehalten werden.

Herr Stadtbaurat Backes führt aus, dass man zunächst beschließen müsse, ob man ein Konzept wolle. Dieses sei dann eine Richtung und Leitlinie. Bei jedem Projekt werde schließlich neu entschieden. Auch beschliesse der Rat jedes Jahr den Haushalt, sodass der Rat die Kontrolle über die Finanzen behalte. Auch das Verkehrskonzept aus dem Jahr 2013 habe damals bereits mit 20 Mio. Euro kalkuliert.

Mit dem Masterplan könne man erreichen, dass die Maßnahmen und Projekte aufeinander abgestimmt werden. Die Straßen würden aber nach und nach und nur dann gemacht, wenn sie auch fällig sind und wenn es eine entsprechende Förderung gebe.

Die Stadt Ahaus beispielsweise habe ein großes Radverkehrskonzept auf den Weg gebracht und konnte dadurch Straßen mit 90%iger Förderung erneuern.

Die Alternative sei, die Straßen ohne Förderung zu sanieren, einige Straßen müssten auf jeden Fall angegangen werden. Es werde für jeden Fall neu entschieden, wie geplant werden solle und wie viel Geld eingesetzt werden könne. Grundsätzlich sei es, wie in anderen Bereichen auch der Fall, dass für eine Förderung durch das Land ein Konzept verlangt werde, ansonsten würden keine Gelder fließen. Auch habe der Landesgesetzgeber bei Umsetzung von Mobilitätskonzepten auf die Erhebung der KAG-Beiträge verzichtet. Man könne durch das Mobilitätskonzept erreichen, dass sich die Maßnahmen mit der Zeit ineinander verzahnen und man nicht für jede zu sanierende Straße neu über die Gestaltung überlegen müsse.

Frau Bagheri appelliert noch einmal an die Sicherheit der Velorouten und Radwege zu denken.

Herr Elsbecker sieht ein solches Konzept positiv. Er fragt, ob es dazu einen Plan B oder Alternativen gebe und inwieweit ein Plan B förderfähig wäre.

Herr Stadtbaurat Backes erklärt, dass es sich bei einem Konzept um ein Maßnahmenbündel handele. Die Maßnahmen müsse man definieren und priorisieren. Dadurch erfolge dann langsam ein sehr langfristiger Korrekturwandel. Insofern könne es ehrlicherweise keinen Plan B geben. Die Alternative sei nur, auf die Verkehrswende zu verzichten.

Herr Ludorf erläutert, gerade im Hinblick auf die Fahrradstraßen, dass z. B. diese durch das Mobilitätskonzept geregelt und mit Fördergeldern finanziert werden können. Würde man die Radwege ohne Konzept als Velorouten ausbauen, sei das deutlich teurer.

Herr Braukmann gibt abschließend zu bedenken, dass sich der Nutzen und Gebrauch von Autos zunünftig deutlich verändern werde und Auto fahren auch teurer werde. Man wolle ja gerade etwas für ältere und gehbehinderte Menschen tun. Man könne, auch zur Förderung des Einzelhandels, nicht nur auf den PKW-Verkehr setzen.

Daraufhin schließt Herr Kestermann die Diskussion.

TOP 5	Fortschreibung Einzelhandelskonzept 2023 Vorlage: 045/2023
-------	---

Herr Dr. Kleinschneider beantragt nach §15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und seiner Ausschüsse über den alternativen Beschlussvorschlag mit folgenden Ergänzungen abzustimmen:

1. Die Entwicklungsmöglichkeiten des Raiffeisenmarktes werden gesichert.
2. Die Erweiterung des zentralen Versorgungsbereichs im Bereich der nördlichen Ortsdurchfahrt bis zum Einzelhandelsgeschäft Brocks wird geprüft.

Herr Schmitz erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es müsse noch die Verträglichkeitsstudie nachgewiesen werden; die Studie laufe aktuell noch. Die Stadt plädiere für das Nahversorgungszentrum Lette für die Unschärferegulierung. Man hoffe, dass für die Entwicklung keine Änderung des Regionalplans notwendig werde, sondern nur eine Aktualisierung.

Herr Stadtbaurat Backes gibt zur Kenntnis, dass der Entwurf des Regionalplans, Stand Dezember 2022, die Planung für Lette 1:1 übernommen habe. Die Bezirksregierung halte alles für machbar.

Herr Dr. Kleinschneider merkt an, dass sichergestellt werden müsse, dass auch Betriebe außerhalb des Nahversorgungszentrums Entwicklungspotenziale hätten und fragt, ob dies auch für Betriebe unterhalb der Großflächigkeit gelte. Beispielsweise sollte die Genossenschaft und der Bereich Zumbült, Tawico, Brocks in den Versorgungsbereich eingeschlossen werden.

Herr Schmitz erwidert, dass man den Raiffeisenmarkt nicht in den Bereich inkludieren könne. Die Bezirksregierung und die IHK seien der Meinung, dass Nebenstandorte nur im Bestand geschützt seien. Zum Bereich Zumbült etc. sei zu sagen, dass man den zentralen Versorgungsbereich (ZVB) nicht endlos erweitern könne.

Herr Braukmann fragt, ob in der Nähe des Blumenladens ein Restaurant o. ä. angesiedelt werden könne, das den schmalen Bereich belebt. Außerdem fragt Herr Braukmann, warum keine innenstadtrelevanten Betriebe in Lette möglich seien. Dies stünde im Konzept auf S. 102.

Herr Schmitz entgegnet, dass innenstadtrelevanter Handel im Zentrum von Lette möglich sei. Man wolle die Formulierung im Einzelhandelskonzept noch einmal prüfen.

Herr Dr. Kleinschneider beantragt nach §15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und seiner Ausschüsse über den alternativen Beschlussvorschlag mit folgenden Ergänzungen abzustimmen:

1. *Die Entwicklungsmöglichkeiten des Raiffeisenmarktes werden gesichert.*

2. *Die Erweiterung des zentralen Versorgungsbereichs im Bereich der nördlichen Ortsdurchfahrt bis zum Einzelhandelsgeschäft Brocks wird geprüft.*

Herr Stadtbaurat Backes betont, dass auch bestehenden Betrieben nicht die Möglichkeit genommen werden dürfe, sich weiter zu entwickeln. Problematisch sei beim Raiffeisen oder auch bei Agravis in Coesfeld, dass die räumliche Zentrumsnähe fehle. Sollte dann das Sortiment dahingehend geändert werden, dass der Landhandel zurückgefahren werde und Randsortimente wie etwa Getränke oder Spielwaren erhöht werden, müsse nachgewiesen werden, dass diese Erweiterung keine maßgebliche Gefährdung für den Einzelhandel darstelle.

**Beschlussvorschlag:**

Es wird beschlossen, die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden (u.a. auch Nachbargemeinden) und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Entwurf des „Abschlussberichts zur Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes Coesfeld 2023“ - Stand 03/2023 - durchzuführen.

Alternativ:

**Beschlussvorschlag:**

Es wird beschlossen, die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden (u.a. auch Nachbargemeinden) und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Entwurf des „Abschlussberichts zur Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes Coesfeld 2023“ - Stand 03/2023 - nach Einarbeitung folgender Punkte durchzuführen:

1. *Die Entwicklungsmöglichkeiten des Raiffeisenmarktes werden gesichert.*
2. *Die Erweiterung des zentralen Versorgungsbereichs im Bereich der nördlichen Ortsdurchfahrt bis zum Einzelhandelsgeschäft Brocks wird geprüft.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Alternativer Beschlussvorschlag inkl. Ergänzung 1. und 2.	13	0	1

**TOP 6    Anfragen**

Herr Elsbecker erkundigt sich zum Baugebiet Nord, ob die Zuwegung über die Tankstelleneinfahrt erfolgen müsse, oder nicht auch über die Kalte gehen könne.

Herr Schmitz entgegnet, dass man noch nicht wisse, ob die Fläche überhaupt in den Regionalplan komme.

Herr Stadtbaurat Backes stellt klar, dass die Zufahrt zur Tankstelle unabhängig vom Baugebiet zu lösen sei.

Herr Kestermann schlägt abschließend weitere interne Gespräche vor.

Herr Dr. Kleinschneider berichtet von den Aufnahmekriterien der weiterführenden Schulen in Coesfeld beim Wechsel von der Grundschule zur weiterführenden Schule. Eines der 6 Kriterien sei die Entfernung vom Wohnort zur Schule. Das würde bedeuten, dass Kinder aus Lette prinzipiell benachteiligt angenommen würden. Daher die Frage, ob das Kriterium geändert werden könne.

Herr Stadtbaurat Backes sag eine Beantwortung über das Protokoll zu.

*Antwort der Verwaltung: Per Gesetz obliegt der Schulleiterin oder dem Schulleiter welche Kriterien angewandt werden (§ 1 APO-SI). Dies liegt allein in ihrem/seinem Ermessen, der Schulträger hat hier keine gesetzlichen Einflussmöglichkeiten. Es ist indes vorgesehen, die Thematik im Rahmen der weiterführenden Schulleiterkonferenzen aufzugreifen und zu erörtern.*

Weiter fragt Herr Dr. Kleinschneider, ob in Lette im Rahmen des Kartoffelmarktes am 10.09. diesen Jahres ein verkaufsoffener Sonntag stattfinden könne. Bislang hätten aber nur vereinzelt Händler Interesse geäußert.

Herr Stadtbaurat Backes entgegnet, dass einzelne Geschäfte vermutlich nicht öffnen könnten. Es werde ein Konzept benötigt, wie der Einzelhandel integriert werden könne. Der Bereich Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing könne hier Auskunft geben.

*Antwort der Verwaltung: Für einen verkaufsoffenen Sonntag wird ein Konzept des Festes inkl. Einbeziehung des Handels benötigt. Die Veranstalter des Kartoffelmarktes sollten sich daher bei der Verwaltung melden und darlegen, welche Geschäfte öffnen möchten. Anschließend werden durch das Ordnungsamt Stellungnahmen von ver.di, Kirche etc. eingeholt und der Antrag auf den Weg gebracht. Abschließend muss der Rat darüber entscheiden.*

gez. Bernhard Kestermann  
Ausschussvorsitzender

gez. Katharina Woltering  
Schriftführerin